

Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)

Mögliche Kindeswohlgefährdung durch Schul-iPads

Am 14. Juni 2021 erschien der Weser-Kurier-Artikel mit dem Titel: "Schüler:innen können Jugendschutz-Filter umgehen". Explizit geht aus diesem Artikel weniger die mögliche Gefährdung unserer Bremer Schulkinder zum Schutze des Kindeswohls hervor, sondern, dass es unseren Schulkindern „nur“ gelingen könnte, den Jugendschutz zu umgehen. Diesem ist eindeutig nicht so, da die Schüler:innen mit einfachen Klicks auf Links von bestimmten Pornoseiten und Pornochats sofortigen Zugang zu diesen haben und das mit den offiziellen Schul-iPads.

Bei den von mir beschriebenen Seiten handelt es sich um pornografische Hardcoreseiten sowie Chats, die für unter achtzehnjährige Bremer Schüler:innen definitiv nicht zugänglich sein dürfen. In dem Weser-Kurzer-Artikel wurde die Sprecherin der Bildungssenatorin wie folgt zitiert: „Unangemessene Inhalte werden bestmöglich durch einen zentral verwalteten Filter gesperrt, der regelmäßig aktualisiert wird“, heißt es seitens der Schulbehörde. Als Abgeordneter und als Familienvater habe ich für solche lapidaren Kommentare der Sprecherin der Bildungssenatorin wie zum Beispiel: "Wenn Eltern mitbekämen, dass ihre Kinder auf unangemessenen Seiten mit unangemessenen Inhalten gelangt seien, sollten sich diese direkt bei der Schule melden, empfiehlt Annette Kemp" keinerlei Verständnis.

Gegenüber den Eltern und Erziehungsberechtigten sehe ich diese Aussage als Affront an, da die Pflicht, solches mit einer qualifizierten Software zu verhindern in diesen Fällen eben nicht bei den Eltern und Erziehungsberechtigten liegt, sondern bei der zuständigen Bildungsbehörde, die für die Installation und regelmäßige Wartung einer professionellen Jugendschutz-Software auf den Schul-iPads Sorge zu tragen hat.

Die einschlägigen Internet-Seiten möchte ich an dieser Stelle nicht weiter benennen, da diese nicht nur unangemessen sind, sondern zu einer Gefährdung des Wohles unserer Kinder führen können, wenn sie allgemein bekannt werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, alle ausgegebenen iPads über die Sommerferien und wenn nötig auch darüber hinaus einzusammeln, um auf diesen eine adäquate Jugendschutz-Software aufzuspielen, beziehungsweise diese zu updaten.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert die Senatorin für Bildung auf, eine Statistik zu erstellen, in der alle Fälle von unangemessenen und mittels des Schul-iPads aufgerufenen Seiten beziehungsweise bekanntgewordenen Pornografie auch Chatseiten, erfasst werden. Durch solch eine Statistik kann die Sicherheitssoftware der Schul-iPads regelmäßig hinsichtlich des Jugendschutzes aktualisiert werden.

Peter Beck (LKR)